

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Roth, Dr. Jens, Rapp (Göppingen), Bachmaier, Berschkeit, Dr. von Bülow, Curdt, Fischer (Homburg), Herterich, Immer (Altenkirchen), Kirschner, Kretkowski, Dr. Kübler, Müller (Schweinfurt), Nagel, Frau Odendahl, Oostergetelo, Pfuhl, Poß, Dr. Schwenk (Stade), Stiegler, Vahlberg, Frau Weyel, Frau Zutt, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/1949 —

Entwicklung der Selbständigen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft – II A 1 – 02 07 83/10 – hat mit Schreiben vom 25. September 1984 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Stagnation der Selbständigenzahl im Jahr 1983 und der wachsenden Inanspruchnahme von Fördermitteln zur Existenzgründung, und welche wirtschaftlichen Konsequenzen wird sie hieraus ziehen?

Der deutlichen Zunahme der staatlich geförderten Existenzgründungen liegt ein entsprechender Zuwachs bei den Gründungen insgesamt zugrunde.

Als eine wichtige Maßgröße für den Erfolg der Förderpolitik müßte die Zahl der Unternehmensgründungen herangezogen werden, die allerdings gegenwärtig originär in der Bundesrepublik Deutschland nicht erhoben wird. Die Veränderung der Zahl der Selbständigen kann als Indikator für die Existenzgründungen nur in sehr eingeschränktem Maße gelten. Hierfür sind folgende Gründe maßgeblich: Zum einen wird die Zahl der Selbständigen im Mikrozensus derzeit auf der Basis der völlig veralteten Daten aus der Volkszählung 1970 ermittelt, was eine relativ hohe Unsicherheit der erhaltenen Zahlenwerte bedingt; zum zweiten bedingt die Definition von Selbständigkeit in dieser Erhebung

(Einkommen überwiegend aus Selbständigkeit), daß Personen, die zunächst aus einer unselbständigen Tätigkeit heraus oder während einer Ausbildungszeit unternehmerisch tätig werden, nicht als Selbständige gezählt werden; dieser Punkt ist besonders wichtig, da erfahrungsgemäß gerade der Weg in die gewerbliche Selbständigkeit häufig zunächst über eine Zeit als Unternehmer in Nebentätigkeit führt, in der ein potentieller Unternehmensgründer sein Einkommen vorwiegend noch aus unselbständiger Tätigkeit bestreitet.

Aus diesen Gründen ist die Zahl der Unternehmensgründungen eher an einem aus den Gewerbemeldungen errechneten Indikator zu messen. Allerdings werden die Gewerbemeldungen derzeit nur in vier Bundesländern statistisch erfaßt, so daß keine einheitliche Bundesstatistik möglich ist. Eine auf der Grundlage von Zahlen aus diesen vier Bundesländern durchgeführte inoffizielle Hochrechnung läßt erkennen, daß die Zahl der Unternehmensgründungen in der Bundesrepublik Deutschland 1983 erheblich höher als in den Vorjahren lag. Bundesweit waren 1983 nämlich mit weit über 300 000 erheblich mehr Gewerbeanmeldungen (einschließlich Filialgründungen) zu verzeichnen als in den beiden Vorjahren.

Da der in der Frage behauptete Widerspruch nicht besteht, ergibt sich keine Notwendigkeit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

2. Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß im Jahre 1983 die Zahl der Selbständigen nicht zugenumommen hat, obwohl die Einkommen der Selbständigen im Jahre 1982 um 10 % und im Jahre 1983 um 7 % höher lagen als jeweils im Vorjahr und die steuerlichen Belastungen für Unternehmen 1983 niedriger lagen als zuvor?

Welche Größen aus welchen Quellen der in Frage 2 angegebenen Zuwachsraten der „Einkommen der Selbständigen“ zugrunde gelegt wurden, ist nicht eindeutig feststellbar. Geht man von den in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlichten Einkommen aus Unternehmertätigkeit der privaten Haushalte (einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) aus, so hat sich diese Größe im Jahre 1982 um knapp 8 % erhöht. Für eine bessere Annäherung an den Begriff der „Einkommen der Selbständigen“ sind aus der genannten Einkommensgröße die Einkommen aus Wohnungsvermietung und die schätzungsweise ermittelten Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Fischerei zu eliminieren. Die verbleibende Restgröße nahm 1982 um rd. 7 % gegenüber 1981 zu. Für 1983 liegen vergleichbare Angaben in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch nicht vor. Die Ergebnisse in der oben dargelegten Abgrenzung, jedoch ohne die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, zeigen für 1982 einen Zuwachs um knapp 5 %, für 1983 um gut 2 %.

Wegen der für die Festsetzung der Einkommensteuerschuld notwendigen Veranlagung der selbständigen Tätigen spiegelt die Steuerbelastung auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und

Vermögen den Rückgang dieser Einkünfte in den Jahren 1981 und 1980 wider. Rückschlüsse auf die Einkommen der Selbständigen im Jahre 1983 sind aus dem Rückgang dieser Größe von 1982 auf 1983 nicht möglich.

Abgesehen davon, daß für die gestellte Frage von anderen Zahlen auszugehen ist, ist es aber auch nicht zulässig, einen derartigen Zusammenhang zwischen dem kurzfristigen Anstieg der Einkommen aus Selbständigkeit und der Zahl der Selbständigen zu postulieren. Vielmehr sind hier langfristige Einflußfaktoren wirksam, die die langfristigen Ertragserwartungen und Erwartungen über vergleichbare Einkommenschancen in unselbständiger Tätigkeit betreffen.

3. Wie verteilte sich in den Jahren von 1976 bis 1983 die Zahl der Selbständigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche?
4. Wie hat sich die Zahl der Selbständigen von 1976 bis 1983 in der regionalen Verteilung entwickelt?

Die Zahl der Selbständigen nach Wirtschaftsbereichen sowie in regionaler Gliederung ergibt sich aus den Tabellen 1 und 2, die Selbständigenquote aus Tabelle 3 der Anlage.

Die Ziffern des Jahres 1983 in regionaler Gliederung sind wegen des im Jahre 1983 nicht erhobenen Mikrozensus der 0,4%igen Arbeitskräftestichprobe der EG vom Juni 1983 entnommen. Der Aussagewert dieser Zahlen ist gegenüber den Ergebnissen des Mikrozensus wegen des höheren Stichprobenfehlers geringer anzusetzen.

5. Wie erklärt sich die Bundesregierung den Anstieg der Anzahl der Selbständigen in den Jahren 1976 bis 1982 (mit Ausnahme des Jahres 1981), teilt sie die Auffassung, daß diese Entwicklung die Behauptung widerlegt, die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen hätten sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschlechtert?
6. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß im ersten Jahr der konjunkturellen Erholung (1983) die Zahl der Selbständigen stagnierte, nachdem sie im Krisenjahr 1982 um insgesamt 17 000 und ohne Berücksichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe um 21 000 angestiegen war?

Wie sich aus den Tabellen 1 und 3 (Anlage) ergibt, ist die Zahl der Selbständigen (ohne Land- und Forstwirtschaft) und die Selbständigenquote in den Jahren 1975 bis 1983 im Trend nicht angestiegen. Vielmehr schwankt diese Größe in kleineren Ausschlägen um einen konstanten Wert. Die angesprochenen Veränderungen in den Jahren 1982 und 1983 dürften ebenfalls eher nur kurzfristige Fluktuationen darstellen. Hierfür sind nach Auffassung der Bundesregierung u. a. folgende Faktoren maßgeblich:

Zum einen kam es in den 70er Jahren zu einer Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses beim selbständigen Einzelhandel und – bedingt durch den erheblich verschärften Strukturwandel – im

Bereich des Produzierenden Gewerbes. Dieser Ausleseprozeß hat sich in den letzten Jahren erheblich verlangsamt; er ist im Bereich des Facheinzelhandels sogar ins Gegenteil umgeschlagen, wo die Zahl der Unternehmen von 1980 bis 1982 wieder um 5 700 stieg. Demgegenüber stieg die Zahl der Selbständigen im Dienstleistungsbereich seit 1975 erheblich an (siehe Tabelle 2). Der Schrumpfungsprozeß im Handel und Produzierenden Gewerbe wurde also durch eine Expansion vor allem bei Dienstleistungen kompensiert. Für diese Entwicklung war neben dem auch in der Bundesrepublik Deutschland wirksamen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft vor allem maßgeblich, daß Ende der 70er Jahre die Selbständigkeit angesichts der ungünstigeren Aussichten für unselbständige Tätigkeit an Attraktivität gewann. Die Auffassung der Bundesregierung wird daher nicht widerlegt, daß die Rahmenbedingungen für die Begründung von tragfähigen selbständigen Existenzien in den 70er Jahren nicht ausreichten.

7. Welche Erklärung hat die Bundesregierung für die Tatsache, daß trotz der konjunkturellen Erholung seit dem Herbst 1982 die Zahl der Insolvenzen 1983 nicht abgenommen hat und 1984 wahrscheinlich sogar noch zunimmt?

Der Trend zu immer höheren Insolvenzzahlen wurde 1983 erfolgreich gestoppt; in diesem Jahr waren noch 11 845 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, nach 11 915 im Jahre 1982. Im ersten Halbjahr 1984 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter gesunken (von 6 236 im ersten Halbjahr 1983 auf 6 028 im ersten Halbjahr 1984).

Die Höhe der Insolvenzen ist zweifellos ein bedrückendes Symptom der wirtschaftlichen Situation, in die die Bundesrepublik Deutschland in den letzten fünf Jahren gekommen ist und die durch die Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen seit dem Herbst 1982 noch nicht überwunden werden konnte. Dies wird erst auf mittlere Sicht möglich sein.

Es ist allerdings zu beachten, daß die Zahl der Insolvenzen im Jahre 1983 im Verhältnis zu der vom BMWi (auf der Basis der Gewerbeanmeldungen) durchgeföhrten Schätzung der Unternehmensschließungen nur etwa 5 % ausmacht. Da gleichzeitig die Zahl der Unternehmensgründungen 1983 nach dieser Schätzung weit über der der Unternehmensschließungen lag, wird die Bedeutung der Insolvenzen in gewissem Umfang relativiert. Denn für die Volkswirtschaft kommt es vor allem darauf an, daß der Gründungssaldo, also die Differenz aus Unternehmensgründungen und Unternehmensschließungen insgesamt positiv ist.

8. Wie verteilen sich in den Jahren 1976 bis 1983 die Insolvenzen auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche?
9. Wie hat sich die Zahl der Insolvenzen von 1976 bis 1983 in der regionalen Verteilung entwickelt?

Die Verteilung der Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen und Regionen ergibt sich aus den Tabellen 4 und 5 (Anlage).

-
10. Sieht sich die Bundesregierung im Hinblick auf die hohe Zahl der Insolvenzen veranlaßt, ihre Politik für kleine und mittlere Unternehmen zu ändern, und wenn ja, in welcher Weise?

Entsprechend ihrem Bestreben, eine auf Stetigkeit und Verlässlichkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu betreiben und angesichts der erheblichen Zunahme der Unternehmensgründungen und des positiven Gründungssaldos im Jahre 1983, sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, die Grundlinie ihrer Politik für kleine und mittlere Unternehmen zu ändern.

Anlage**Tabelle 1***Zahl der Selbständigen in den Bundesländern 1976 bis 1983*

Bundesland	in 1 000							
	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Baden-Württemberg	356	348	350	348	352	343	361	392
Bayern	551	531	539	546	539	530	530	552
Berlin	64	69	67	67	61	61	64	58
Bremen	19	19	19	19	22	21	19	14
Hamburg	65	64	65	62	64	61	64	57
Hessen	188	195	174	188	195	189	206	209
Niedersachsen	280	275	273	279	267	263	271	262
Nordrhein-Westfalen	528	528	523	543	539	522	535	514
Rheinland-Pfalz	146	149	147	152	144	143	142	141
Saarland	32	31	29	29	28	26	26	23
Schleswig-Holstein	103	105	106	107	107	106	105	102
Insgesamt	2 331	2 312	2 291	2 339	2 316	2 266	2 324	2 324

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus/Arbeitskräftestichprobe

Tabelle 2*Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland
Jahresdurchschnitte 1975 bis 1983*

	in 1 000								
	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾
Landwirtschaft	623	596	563	542	527	513	500	496	495
Produzierendes Gewerbe	570	557	559	554	566	565	550	551	551
Handel und Verkehr	633	629	630	631	631	623	618	621	621
sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	619	620	627	634	648	660	668	685	686
Insgesamt	2 445	2 402	2 379	2 361	2 372	2 361	2 336	2 353	2 353
ohne Landwirtschaft	1 822	1 806	1 816	1 819	1 850	1 848	1 836	1 857	1 858

¹⁾ vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3

Selbständigenquote¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland
 — Jahress durchschnitte —
 (ohne Land- und Forstwirtschaft)

Jahr	Selbständigenquote
1975	8,0
1976	7,9
1977	7,9
1978	7,9
1979	7,9
1980	7,7
1981	7,4
1982 ²⁾	7,6
1983 ²⁾	7,8

¹⁾ Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen

²⁾ vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 4

Insolvenzen

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	2	1	2	2	1	4	2	3	3
Verarbeitendes Gewerbe	1 865	1 689	1 652	1 351	1 231	1 375	1 834	2 393	2 471
Baugewerbe	1 589	1 456	1 492	1 280	1 101	1 328	1 942	2 726	2 467
Handel	1 509	1 570	1 609	1 453	1 444	1 634	2 162	3 110	3 112
davon:									
– Großhandel	(744)	(765)	(801)	(662)	(644)	(743)	(934)	(1 276)	(1 304)
– Handelsvermittlung	(50)	(33)	(38)	(45)	(39)	(37)	(56)	(68)	(66)
– Einzelhandel	(715)	(772)	(770)	(746)	(761)	(854)	(1 172)	(1 766)	(1 742)
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	269	270	288	264	271	321	436	594	583
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	27	28	38	28	21	51	48	59	66
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	1 597	1 688	1 751	1 481	1 336	1 510	1 950	2 854	2 967
Insgesamt (nachrichtlich: Handwerk)	6 858	6 702	6 832	5 859	5 405	6 223	8 374	11 739	11 669
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	95	106	97	90	78	92	120	176	176
Unternehmen insgesamt	6 953	6 808	6 929	5 949	5 483	6 315	8 494	11 915	11 845
Org. ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	2 242	2 554	2 633	2 773	2 836	2 825	3 159	3 961	4 269
Insolvenzen insgesamt	9 195	9 362	9 562	8 722	8 319	9 140	11 653	15 876	16 114

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, Reihe 4.1

Tabelle 5

Unternehmensinsolvenzen in den Bundesländern 1976 bis 1983

Bundesland	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Baden-Württemberg	974	970	680	621	614	924	1 332	1 497
Bayern	1 093	1 202	952	877	1 033	1 335	1 725	1 806
Berlin	341	354	305	268	268	347	503	501
Bremen	89	89	63	65	75	113	147	134
Hamburg	212	193	160	159	199	239	311	350
Hessen	716	740	554	543	602	861	1 210	1 237
Niedersachsen	608	636	531	466	570	807	1 315	1 279
Nordrhein-Westfalen	1 953	2 032	1 952	1 831	2 182	2 831	3 969	3 627
Rheinland-Pfalz	380	306	337	280	330	454	629	683
Saarland	134	159	145	125	115	152	230	211
Schleswig-Holstein	308	248	270	248	327	431	544	520
insgesamt	6 808	6 929	5 949	5 483	6 315	8 494	11 915	11 845

Quelle: Statistisches Bundesamt